



Bereits für das Jahr 2010 rechnet das WIFO – falls die national und international geschnürten Konjunkturpakete Wirkung zeigen – mit einer leichten Erholung der österreichischen Wirtschaft ...

jährlichen moderaten Zuwachs. Auch beim Lohnsteuerertrag ist die Entwicklung unter Berücksichtigung der Tarifreform (jährlich 2,3 Millionen Euro Minderertrag) als durchaus zufriedenstellend zu sehen. Von obiger Einschätzung ausgehend lassen sich österreichweit sinkende Gemeindeertragsanteile prognostizieren, wie in Tabelle „Entwicklung“ dargestellt.

Konjunktorentwicklung und Stabilitätspakt

Bereits für das Jahr 2010 rechnet das WIFO – falls die nationalen und internationalen geschnürten Konjunkturpakete Wirkung zeigen – mit einer leichten Erholung der österreichischen Wirtschaft im Ausmaß von plus 0,5 Prozent. Mittelfristig (bis zum Jahr 2013) soll nach den Prognosen der Wirtschaftsforscher das reale BIP-Wachstum durchschnittlich 0,8 Prozent pro Jahr betragen. In jedem Fall müssen die Zielvorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes den geänderten ökonomischen Rahmenbedingungen angepasst werden. Die österreichischen Gemeinden als größter öffentlicher Investor werden bei sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben das ihnen auferlegte Haushaltsziel (ausgeglichenes Haushalte – „Null-Defizit“) kaum erfüllen können. Damit die Gemeinden dennoch ihren Beitrag zur Wirtschaftsbelebung leisten können (etwa durch vorgezogene Investitionsprojekte), wird der Stabilitätsbetrachtung innerhalb des Konjunkturzyklus Nachrang einzuräumen sein.

VerpackungsVO: Gemeinden wollen mitgestalten

Wir werden nicht einfach zuschauen ...

Scharfe Reaktionen haben die bisherigen Planungen des Umweltministeriums zur Neugestaltung der Verpackungssammlung hervorgerufen. Die dafür nötigen Änderungen des Abfallwirtschaftsgesetzes und der Verpackungsverordnung sind schon seit Herbst letzten Jahres in Arbeit.

Obwohl das Ministerium den Weg eines von der Wirtschaft als verantwortlich getragenen Systems fortschreiben will, haben die kommunalen Interessenvertretungen laufend auf die Wichtigkeit der kommunalen Sammelstrukturen für die Verpackungssammlung hingewiesen. In den vergangenen Jahren boten immer wieder Schlupflöcher der Wirtschaft die Möglichkeit, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Die Auswirkungen auf die den Gemeinden überantwortete Hausmüllsammlung (Ansteigen des Siedlungsabfalls) war in vielerlei Hinsicht dramatisch.

Nach Bekanntwerden erster konkreter Planungen der künftigen Verpackungssammlung gaben sich die Gemeinden und Verbände kämpferisch: „Die Gemeinden werden nicht einfach dabei zuschauen, wie durch eine neue Verordnung die Mülltrennung zerschlagen wird!“, betonte etwa NÖ AWV-Obmann Bgm. a. D. Dir. Alfred Weidlich, als er mit einer Delegation der NÖ Abfallverbände dem Bundesminister Berlakovich am 26. Mai eine von über 500 niederösterreichischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern unterschriebene Resolution zur neuen Verpackungsverordnung überreichte.

In dieselbe Kerbe schlug der Obmann des OÖ Landesabfallverbandes und der ARGE österreichischer Abfallverbände, Bgm. Josef Moser, dem sich in einer

Resolution alle Bezirksverbände Oberösterreichs anschlossen. Er lehnt die Überlegungen zur Schaffung eines gestärkten Monopols zur Verpackungssammlung durch eine wirtschaftsnahe Providergesellschaft deshalb ab, weil hier keine ausreichende Kontrolle und Transparenz gewährleistet wird. Dies bedeute für die Gemeinden einen Eingriff in deren Gestaltungshoheit, einen Verlust von Synergien und eine Ausdünnung der bewährten bürgernahen Sammelsysteme. Letztendlich, so die beiden Ver-



Die Gemeinden werden nicht einfach dabei zuschauen, wie durch eine neue Verordnung die Mülltrennung zerschlagen wird!

NÖ AWV-Obmann Bgm. a. D. Dir. Alfred Weidlich

bandsoblen, bestätigen die ersten Signale aus dem Ministerium die Befürchtungen, dass mittelfristig ein Niedergang der in den letzten 20 Jahren im ganzen Land mühsam, aber äußerst erfolgreich aufgebauten getrennten Sammlung droht. Dadurch würde nur ein Gewinn des Monopolsystems garantiert, wobei die Zechen jene Bürger zahlen müssen, die mangels geeigneter Sammelstrukturen den Hausmüll nicht mehr reduzieren können. Die Gemeinden forderten in ihren Resolutionen die Organisationshoheit über die Verpackungssammlung, die Kommunen und Verbände sollten weiterhin als Träger der Sammelinfrastruktur im Haushaltsbereich fungieren und ein substanzielles Mitspracherecht bei der zu errichtenden Providergesellschaft erhalten.

Mag. Nicolaus Drimmel
Leitung Recht und
Internationales im
Österreichischen Gemeindebund

Novelle der Verpackungsverordnung bringt Vorteile für Gemeinden Kommunen und ARA gemeinsam erfolgreich

Die bevorstehende Novellierung von Verpackungsverordnung und Abfallwirtschaftsgesetz wird für die ARA und die Kommunen eine grundlegende Änderung des rechtlichen Rahmens bringen. „Die neue Verpackungsverordnung muss im Sinne der verpflichteten Wirtschaft und der BürgerInnen auch bei Wettbewerb im Haushaltsbereich die Errungenschaften der letzten 15 Jahre sichern“, steht für ARA-Vorstand Dr. Christoph Scharff außer Zweifel. Das derzeit diskutierte Modell Sammelprovider/Entpflichtungssystem bringt zusätzliche Vorteile für die Kommunen:

► Die bestehenden Verträge mit Gemeinden, Städten, Abfallwirtschaftsverbänden und Entsorgern können



Die ARA wird auch in Zukunft und in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten gemeinsam mit den Kommunen die Verpackungssammlung in Österreich sicherstellen.

weiterlaufen, wenn die heute tätigen Sammelsystembetreiber die künftigen Sammelprovider werden. Damit ist der Weiterbestand der getrennten Sammlung auf dem heutigen Niveau ebenso gewährleistet wie die bewährten Abrechnungsmodalitäten. Auch das vereinbarte Entgeltsniveau kann weiter gelten.

► Die Mitsprache der Kom-

munen im aktuell bestehenden und seit 15 Jahren praktizierten Ausmaß ist weiterhin sichergestellt, da die bestehenden Verträge fortgeführt werden.

► Die Kooperation und die bewährten Partner bei den Sammelsystemen bleiben erhalten.

► Die Finanzierung der kommunalen Leistungen ist dauerhaft gewährleistet, da

im aktuellen Entwurf der VerpackVO die Entpflichtungssysteme angehalten sind, alle entsprechenden Leistungen des Sammelproviders zu finanzieren.

„Wir sind überzeugt, dass dies der beste Weg ist, um auch in Zukunft gemeinsam mit unseren Partnern in Kommunen und Entsorgungswirtschaft die getrennte Verpackungssammlung sicherzustellen“, so Scharff.

Information

Altstoff Recycling
Austria AG
1062 Wien
Tel. 01/599 97-0
Fax 01/595 35 35
araag@ara.at
www.ara.at

E.E.

Wahl der Wohlfühlgemeinde 2009

Bezirks
Blätter

Melden Sie Ihre Gemeinde jetzt an!

www.wohlfuehlgemeinde.at

Wohlfühlgemeinde
2009

Ab sofort können sich niederösterreichische Gemeinden zu einer ganz besonderen Bürgerbewertung anmelden. Gemeindegewinnen und Gemeindegewinnen in ganz Niederösterreich werden von Juli bis Oktober ihre Heimatgemeinde in 10 Wohlfühlkategorien bewerten. Die Siebergemeinden werden im November ausgezeichnet. Bis zum 31.07.2009 können sich Gemeinden zur Teilnahme anmelden.

Detailinformation und Anmeldung: www.wohlfuehlgemeinde.at